



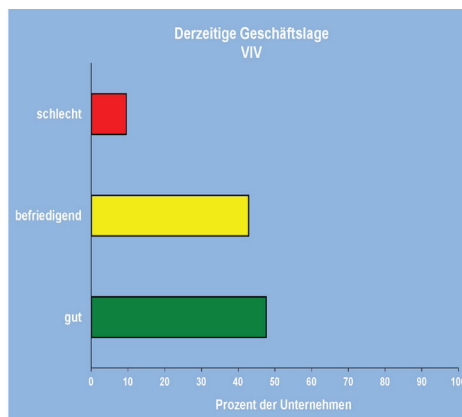
Vereinigte Industrieverbände

von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

VIV-INFO | 6/2015

Konjunkturmfrage der Vereinigten Industrieverbände: Deutlich aufgehellte Stimmung bei den Unternehmen der Region

„Unsere Mitglieder bewerten ihre Lage deutlich positiver als im Herbst des letzten Jahres. Sowohl die aktuelle Lage als auch die Aussichten für die nächsten Monate werden besser eingeschätzt. Wir rechnen deshalb jetzt mit einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung im ersten Halbjahr 2015“, erklärt Dr. Stephan Kufferath, Vorsitzender der Vereinigten Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V. „Die gesunkenen Energiekosten und der schwächere Euro sind mitursächlich für diese Trendwende“, so Kufferath. (So)



VIV-Pressemitteilung vom 31.03.2015

VIV-Interview

- **Armin Laschet**
Partei- und Fraktionsvorsitzender der CDU NRW

Kurz notiert

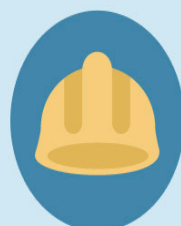
Mit Tarifbindung oder ohne?

Im Jahr 2013 waren bei den Metallunternehmen in NRW 57 Prozent tarifgebunden. Diese tarifgebunden Betriebe beschäftigten allerdings 80 Prozent der Beschäftigten. (So)

Richtig ist: Akademiker sind seltener arbeitslos.

Arbeitslos sind: **19%** Personen ohne Abschluss

2,5% Akademiker



Quelle: IW Köln

VIV-Info Wegweiser



Weitere Informationen erhalten Mitglieder im ExtraVIV



Bitte beachten Sie weitere Anhänge



Weitere Informationen auf Anfrage bzw. im ExtraVIV

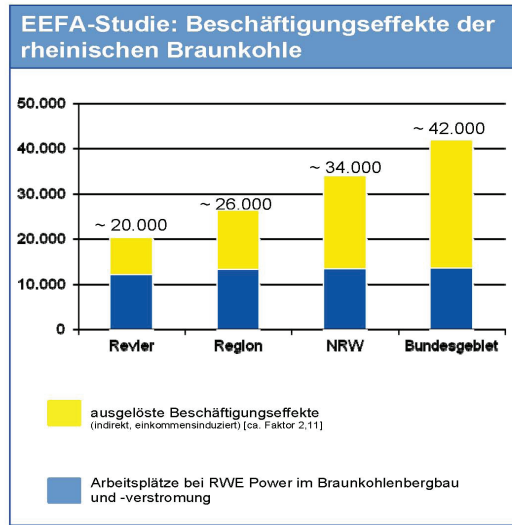
Industriearbeitsplätze - mehr wert

An Industriearbeitsplätzen hängen mittelbar immer auch weitere Arbeitsplätze bei Partnerfirmen, Zulieferern und Dienstleistern.

Beispiel RWE: An ca. 10.500 Arbeitsplätzen in der Braunkohle hängen ca. 30.000 weitere Arbeitsplätze mittelbar.

Dies kann für den Kreis Düren auch so ausgedrückt werden: Aktuell gibt es im Kreis 1.773 Beschäftigte der RWE Power AG/RWE Generation SE. Diese Unternehmen haben in 2014 im Kreis Düren Aufträge im Wert von 60 Millionen Euro vergeben! (So)

Braunkohle als Wirtschaftsfaktor Nachhaltige Wertschöpfung und Arbeit in der Region



VORWEG GEHEN

Quellen: eigene Berechnungen; Studie EEFA: Bedeutung der rheinischen Braunkohle – sektorale und regionale Beschäftigungs- und Produktionseffekte, 2010

RWE Power AG

Daten und Zahlen zum Rheinischen Revier

Unmittelbare Arbeitsplätze	~ 10.400
Auszubildende	~ 620
Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme (Braunkohle)	> 800 Mio. €
Auftragsvolumen in der Region (RWE Power an 3.500 Unternehmen)	~ 830 Mio. €



Fördermöglichkeiten der betrieblichen Ausbildung für junge schwerbehinderte Menschen

Im Rahmen des Bundesprogramms „Initiative Inklusion“ besteht in NRW die Möglichkeit, für junge schwerbehinderte Menschen Fördergelder für ausbildungsunterstützende Maßnahmen zu beantragen. Gefördert werden Ausbildungsplätze in Betrieben oder Dienststellen des allgemeinen Arbeitsmarktes, die erstmalig mit einer schwerbehinderten oder gleichgestellten Person (§ 2 Abs. 2, Abs. 3 SGB IX) oder mit einem schwer-

behinderten Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, auch wenn der Grad der Behinderung weniger als 30 beträgt oder ein Grad der Behinderung nicht festgestellt ist, während der Zeit einer Berufsausbildung besetzt werden.

Die einmalige Prämie in Höhe von 3.000 Euro kann dem Ausbildungsbetrieb für vorbereitende und begleitende Maßnahmen bewilligt werden.

Die Definition der Zielgruppe und Details zu den förderungsfähigen Maßnahmen können Sie dem gemeinsamen Schreiben des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales und der Landschaftsverbände entnehmen, ebenso wie entsprechende Ansprechpartner. (AS)



Gemeinsames Schreiben

Neugestaltung Schriftenreihe „Leistung und Entgelt“ Ausgabe 1, März 2015

Ab sofort wird durch das Institut für angewandte Arbeitswissenschaft (ifaa) in Kooperation mit der BDA die neue Schriftenreihe Leistung und Entgelt (ehemals Leistung und Lohn) herausgegeben.

Die neue Zeitschrift, die Schwerpunktthemen aus der betrieblichen Praxis behandelt, erscheint vierteljährlich in neuem frischen, modernen und lesefreundlichen Design.

Das erste Heft mit dem Titel „Exzellente

Führen - Ein Instrument zur Bestandsaufnahme und Verbesserung der Führungskultur“ behandelt ein Thema, welches die Effektivität der Abläufe und Prozesse im Unternehmen maßgeblich mit bestimmt. Die Autoren stellen ein Analyseinstrument zum Thema „Führung“ vor, mit dessen Hilfe die betriebliche Führungskultur auf den Prüfstand gestellt wird. Im Ergebnis werden der betriebliche Umgang mit Unternehmenswerten und Visionen und die Wirksamkeit der betrieblich ein-

gesetzten Führungsinstrumente beleuchtet. Auf dieser Basis können zielgerichtet Maßnahmen zu einer Verbesserung der Führungskultur abgeleitet werden.

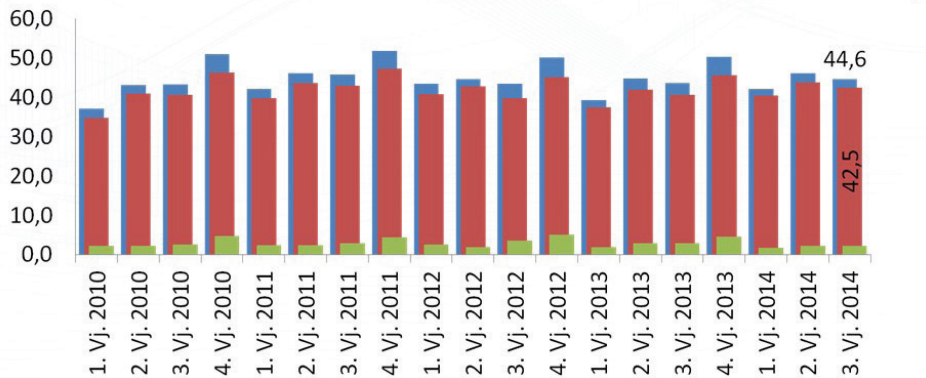
Exemplare sind unmittelbar zu erhalten beim:

Heider-Verlag
Postfach 200 540
51435 Bergisch Gladbach
zum Preis von 8,- Euro inkl. MwSt. zzgl. Versand. (Zi)

Ausrüstungsinvestitionen



Ausrüstungsinvestitionen in jeweiligen Preisen in Mrd. Euro
davon nicht staatlich
davon Staat



Quelle: Statistisches Bundesamt

VIV-Industriekonzerte: Rhythmik pur im Haus der Stadt Düren

Virtuosität und ein großes Spektrum an Klängen präsentieren die Musiker des **Wuppertaler Mallet Ensembles** am **Dienstag, 28. April 2015**, im Haus der Stadt Düren. Beim fünften und letzten Konzert der aktuellen Spielsaison der VIV-Industriekonzerte erwartet die Zuhörer ein ungewöhnliches und spannendes Programm, gespielt auf Vibes (Vibraphonen) bzw. Marimbas. Beides sind Schlaginstrumente.

Das Konzert wird von „WDR 3“ ausgezeichnet und im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe „**WDR 3 Kammerkonzerte in NRW**“ voraussichtlich im August 2015 gesendet.

Das Wuppertaler Mallet Ensemble ist 2011 an der Hochschule für Musik und Tanz Köln, Abteilung Wuppertal, gegründet worden. Initiator ist Mathias Haus, Vibraphonist und ausgebildeter Jazzkomponist, der als Dozent an der Wuppertaler Musikhochschule lehrt.



Kurz notiert

Erster Inklusionspreis des Landes NRW

Erstmalig verleiht das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen den sogenannten Inklusionspreis. Mit insgesamt 27.000 Euro Preisgeld werden Projekte prämiert, die sich auf das gelungene inklusive Zusammenleben von Menschen mit oder ohne Behinderungen in allen Lebenssituationen beziehen.

Zielsetzung der Initiative ist die Beseitigung von Barrieren und die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen; ebenso soll die Übertragung von Verantwortung und Stärkung der Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen verbessert werden.

Teilnahmeberechtigt sind u. a. Verbände, Unternehmen und Bildungseinrichtungen. Bewerbungsschluss ist der 15. Mai 2015.

Weitere Informationen können Sie dem Flyer entnehmen. (AS)



Flyer

Gemeinsam mit Mathias Haus musizieren die Studierenden Xiao Fu, Carlotta Hamacher, Jennifer Schmitz und Felix Stachelhaus. (Dü)

IMPRESSUM & KONTAKT

Herausgeber

Vereinigte Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Verantwortlich für den Inhalt

Hans-Harald Sowka

Kontakt

Vereinigte Industrieverbände e.V.
Tivolistraße 76
52349 Düren

FON 02421/4042-0
FAX 02421/4042-25
E-MAIL info@vivdueren.de
WEB www.vivdueren.de

Interviewpartner: Armin Laschet Partei- und Fraktionsvorsitzender der CDU NRW

Zur Bundespolitik: Was unterscheidet die heutige CDU im Kern noch von der SPD?

Wesentlich mehr, als gemeinhin geschrieben wird. Das gute Funktionieren der Großen Koalition darf nicht über die bereits im Grundsatz bestehenden Differenzen zwischen Union und SPD hinwegtäuschen. In ihrem letzten Wahlprogramm hatte die SPD noch angekündigt, die Steuern massiv erhöhen zu wollen. Die CDU/CSU hat sich dagegen klar gegen neue Steuern und hier insbesondere gegen jegliche Form einer Vermögenssteuer ausgesprochen. Wir wollen die Bürger stattdessen entlasten und zeitnah auch die kalte Progression angehen. Gleichzeitig haben wir uns dem Ziel solider Staatsfinanzen verpflichtet und zum ersten Mal seit fast 50 Jahren wieder einen ausgeglichenen Bundeshaushalt erreicht. Wir stehen für eine nachhaltige, generationengerechte Finanzpolitik. Die CDU/CSU ist zudem immer noch die Partei der sozialen Marktwirtschaft und der Eigenverantwortung. Die SPD ist in ihrem Wesen staatsgläubig und dirigistisch ausgerichtet. Während wir der Auffassung sind, dass der Staat nicht alles bestimmen muss, glaubt die SPD, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben bis ins kleinste Detail regeln zu müssen. Aktuelle Beispiele hierfür sind die Dokumentationspflicht und die Unternehmerhaftung beim Mindestlohn. Diese Regelungen ziehen einen riesigen bürokratischen Aufwand für die Unternehmen nach sich. Das zehrt wichtige finanzielle und personelle Ressourcen auf und bremst so das wirtschaftliche Wachstum. Deswegen hat die Union auch eine Überprüfung des Mindestlohn-Gesetzes durchgesetzt. Der gesinnungsethische Politikansatz der SPD, der zwar meist hehre Ziele verfolgt, in seiner praxisfernen Umsetzung aber negative Folgen nach sich zieht, ist uns Christdemokraten völlig fremd. Unsere Lösung ist: so viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig.

Die CDU will ihr wirtschaftspolitisches Profil schärfen. Das wollen auch die anderen Parteien. Welchen wirtschaftspolitischen Kurs will die CDU konkret jetzt einschlagen?

Das Credo der CDU Nordrhein-Westfalens heißt: Bürokratie abbauen – Infrastruktur ausbauen – Wirtschaft fördern. So wollen wir die Wirtschafts- und Innovationskraft des gefesselten Riesen Nordrhein-Westfalen freisetzen. Denn die Wirtschaft wächst hier seit Jahrzehnten unterdurchschnittlich. So ist die Wirtschaft in den westdeutschen Bundesländern zwischen 1991 und 2013 um mehr als 9 Prozentpunkte stärker gewachsen als in Nordrhein-Westfalen. Ohne diese Wachstumslücke hätte Nordrhein-Westfalen heute jährlich Steuermehreinnahmen von 3,2 Mrd. Euro. Statt neue Schulden aufzunehmen, könnte Nordrhein-Westfalen heute bereits Schulden zurückzahlen. Wir wollen eine Politik für mehr Wirtschaftswachstum. Konkret heißt das, Unternehmen von unnötigen Belastungen zu befreien. Wir lehnen zum Beispiel den Klimaschutzplan ab und wollen das Tariftreue- und Vergabegesetz wieder abschaffen. Denn mit ihrer Regulierungswut schwächt die Regierung Kraft unseren Mittelstand und unsere Industrie. Auch die Abgabenlast ist in Nordrhein-Westfalen zu hoch. Wir haben die höchste Grunderwerbssteuer und die höchsten Gewerbesteuerhebesätze. Zwar wird die Gewerbesteuer von den Kommunen festgesetzt – das Land beeinflusst aber die Höhe der Sätze über das sogenannte Gemeindefinanzierungsgesetz. Außerdem brauchen wir einen neuen Landesentwicklungsplan, der Entwicklung ermöglicht und nicht abwürgt. Neben der Entlastung der Unternehmen müssen wir zudem aktive Wirtschaftsförderung betreiben. Das heißt für uns vor allem: Investitionen in Infrastruktur. Die Sperrungen der Rheinbrücken in Leverkusen und Duisburg sind hausgemachte Probleme, weil Rot-Grün vor fünf Jahren



Armin Laschet, Partei- und Fraktionsvorsitzender der CDU NRW

die notwendigen Planungen gestoppt hat. Obwohl in Nordrhein-Westfalen die Verkehrsinfrastruktur zerbröselte, ruft die Landesregierung nicht alle Gelder in Berlin ab. Das ist ein Skandal. Eine wesentliche Aufgabe wird zudem der Ausbau der Breitbandinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen sein. Das ifo-Institut hat errechnet, dass die Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen durch einen flächendeckenden Breitbandausbau um bis zu 4,5 Prozentpunkte steigen könnte – die Hälfte der Wachstumslücke könnte so geschlossen werden. Dazu brauchen wir effizientere Förderprogramme. Die CDU-Landtagsfraktion hat hierzu umfangreiche Vorschläge gemacht. Nordrhein-Westfalen ist Industrieland. Das wollen wir auch bleiben. Die Industrie 4.0 ist für unser Land dabei eine riesige Chance. Wenn wir auch weiterhin die Heimat von Weltmarktführern sein wollen, müssen wir die digitale Transformation unserer Wirtschaft schnell und zügig umsetzen. Hier gilt es, den Mittelstand mitzunehmen. So setzen wir uns beispielsweise für die Einrichtung eines digitalen Innovationszentrums für den Mittelstand ein.

Seit Jahren hat NRW einen chronisch defizitären Haushalt. 2015 müssen 2,2 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen werden.

Was schlägt die CDU vor, um wieder auf Dauer zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen?

Neben Steuermehreinnahmen durch Wachstum bietet der Haushalt erhebliches Sparpotential. Bereits 2013 hat die CDU-Landtagsfraktion ein umfassendes Sanierungskonzept vorgelegt. Wir sehen Einsparpotential in Höhe von insgesamt 10 Milliarden Euro bis 2020. Wir wollen eine Straffung der Verwaltung durch die Einführung einer Demografie-Quote sowie von Verwaltungsassistenten in bestimmten öffentlichen Bereichen. Wenn durch den demografischen Wandel die Bevölkerung schrumpft, dann muss sich dies auch in der öffentlichen Verwaltung widerspiegeln. Außerdem muss die Verwaltung effizienter werden, indem sie sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentriert. Lehrer müssen unterrichten, Polizisten müssen auf die Straße.

Ein Beispiel: Wir sind der Meinung, Leh-

rer sollten nicht Verwaltungsaufgaben übernehmen müssen, wie das Aufstellen von Stundenplänen. Deshalb wollen wir öffentliche Bedienstete, die an anderer Stelle nicht gebraucht werden, als Verwaltungsassistenten zur Entlastung der Lehrer und somit zur Verbesserung der Ausbildung an die Schulen bringen.

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Fehler der Landesregierung?

Die Liste ist lang: unnötige Bürokratie, wirtschaftsfeindliche Raumplanung, Untätigkeit beim Infrastrukturausbau, ausufernde Landesverschuldung, Bevormundung der Universitäten und eine intransparente Bildungspolitik. Zudem setzt sich die Ministerpräsidentin in Berlin kaum für die Belange unseres Bundeslandes ein. Die rot-grüne Koalition regiert Nordrhein-Westfalen weit unter Wert und gefährdet durch zu viel Ideologie, falsche Schwerpunkte und handwerkliche Fehler den Wohlstand und die Entwicklung unseres Landes. Nordrhein-Westfalen steht in zu vielen Bereichen schlechter da als andere Bundesländer,

obwohl dieses Land früher einmal der Wirtschaftsmotor der ganzen Republik war. Die SPD-geführten Regierungen haben sich allesamt geweigert, die wahren Ursachen für die wirtschaftlichen Probleme Nordrhein-Westfalens anzugehen. Dies sind Defizite bei der Produktivität, bei den Forschungs- und Entwicklungsausgaben und den Investitionen.

Es gibt aber keinen Grund für Pessimismus: Dieses Land hat aufgrund seiner Menschen, seiner mutigen Unternehmer und seiner starken Industrie alle Möglichkeiten, wieder ein europäisches Kraftzentrum zu werden. Unter der CDU-geführten Landesregierung zwischen 2005 und 2010 ist es schon einmal gelungen, das sozialdemokratische Gesetz zu durchbrechen, wonach Nordrhein-Westfalen langsamer wächst als der Bundesdurchschnitt. Hieran wollen wir anknüpfen.

Ansprechpartner: Hans-Harald Sowka

Telefon: 02421/4042-0

E-Mail: info@vivdueren.de



Pressemitteilung

Konjunkturumfrage der Vereinigten Industrieverbände: Deutlich aufgehellte Stimmung bei den Unternehmen der Region

Düren, 31.03.2015. „Unsere Mitglieder bewerten ihre Lage deutlich positiver als im Herbst des letzten Jahres. Sowohl die aktuelle Lage als auch die Aussichten für die nächsten Monate werden besser eingeschätzt. Wir rechnen deshalb jetzt mit einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung im ersten Halbjahr 2015“, erklärt Dr. Stephan Kufferath, Vorsitzender der Vereinigten Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V. „Die gesunkenen Energiekosten und der schwächere Euro sind mitursächlich für diese Trendwende“, so Kufferath.

Die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturumfrage im Einzelnen:

Fast jedes zweite Unternehmen (47,6 Prozent) beurteilt die **aktuelle Geschäftslage** als gut. Im Herbst waren dies nur 30 Prozent. Die Geschäftslage ist schlecht, sagt heute etwa jedes zehnte Unternehmen (9,5 Prozent). Im Herbst waren es 16 Prozent.

Die **aktuelle Ertragslage** bewertet heute nur noch jedes fünfte Unternehmen als schlecht (20,6 Prozent). Im Herbst 2014 war es noch jedes vierte Unternehmen (25 Prozent).

Die **Auftragslage** ist gut, sagt heute jedes zweite Unternehmen (50,8 Prozent). Im Herbst war es nur jedes dritte Unternehmen (33,9 Prozent). Mit einer Verschlechterung der Auftragslage in den nächsten Monaten rechnet nur noch jedes fünfte Unternehmen (19 Prozent); im Herbst war es jedes vierte Unternehmen (25 Prozent).

Nur noch wenige Unternehmen (6,3 Prozent) gegenüber 8,9 Prozent im Herbst rechnen mit einer **Entlassung** von Mitarbeitern in den nächsten sechs Monaten. Auch Kurzarbeit ist derzeit kein Thema mehr.

Die **Investitionsbereitschaft** ist wieder leicht gestiegen: 30 Prozent der Unternehmen wollen mehr investieren (im Herbst waren es 25 Prozent).

Die Vereinigten Industrieverbände haben 139 Mitgliedsunternehmen mit rund 16.000 Beschäftigten.

Ansprechpartner: Hans-Harald Sowka
Telefon: 02421/4042-0
Telefax: 02421/4042-26
E-Mail: info@vivdueren.de